Nummer 25

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 73. Jahrgang. Sonntag, 15. Januar 1928

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, Deutsche Wirtschaftszentren, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten
Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage sowie „Kunst Welt Wissen" mit Roman

Unverlangt eingeschickte Manuskripte werden nicht berücksichtigt

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Verantwortl. Leiter Handelsteil: Walther Funk. Politischer Teil: Dr. Richard Jäger. Kunst und Wissenschaft: Hans Köppen. Lokales und Sport: Gerhart Kemner. Inseratenteil: Christian Hagen, sämtlich in Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen Zeitung Druckerei und Verlag Gel. m. b. H. Berlin W 8, Kronenstr. 37

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,10 Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugspreis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche wolfmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband oder Postüberweisung. Postüberweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Österreich und Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im I. Quartal 1928 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 250 franz. Francs, Belgien 42 Belga, Schweiz 40 schweizerische Franken, Holland 16 holländ. Gulden, Dänemark 22 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 140 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Serbien 500 Dinare, Oesterreich 36 Schillinge, Litauen 30 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 250 finnische Mark, Estland 2300 estländische Mark, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412.

Geßler.

„Ich begreife, daß manche Verhältnisse äußerst drückend sind, und daß das tägliche Kämpfen und Zerren die Gesundheit zerstört, wir leben aber in den Zeiten der Aufopferung und des Märtyrertums, und man muß sich dieser Anforderung nicht entziehen." Das sind Worte des Freiherrn vom Stein, einst aus Empfindungen geboren, die auch den Minister Geßler in den vergangenen Jahren häufig bewegt haben mögen. Jetzt scheint er innerlich müde geworden zu sein. Schwere Schicksalsschläge in der Familie — er verlor in kurzer Zeitspanne die beiden einzigen, gerade erwachsenen Söhne, vor wenigen Tagen eine Mutter — und die immerwährenden und sich steigernden Angriffe von Links gegen seine Person, die schließlich die Interessen der Reichswehr schädigen mußten, werden ihn bewogen haben, den Reichspräsidenten um seine Verabschiedung zu bitten. Sein Weggang bedeutet für die Reichswehr und damit für das nationale Deutschland einen schweren Verlust, denn was er geleistet hat, ist eine geschichtliche Tat.

Man nimmt dem General von Seeckt nicht den Ruhm, der Schöpfer des jetzigen Reichsheeres zu sein, wenn man neben Seeckt auch den Namen Geßler nennt. Ohne seine Hilfe und Unterstützung wäre die Tat des Generals niemals gelungen. Geßler trat vor der Oeffentlichkeit in diesem gemeinsamen Wirken still zurück. Das ehrt ihn menschlich, darf aber bei seinem Scheiden nicht unausgesprochen bleiben. Geßler hat sich damals sicherlich sehr schweren Herzens erst dann von dem General getrennt, als die Wege der beiden Männer auseinander gingen. Er übernahm sein dornenvolles Amt nach dem Kapp-Putsch, und hat es über viele Regierungen hinweg im Kampf erst gegen Rechts, dann immer heftiger gegen Links, weitergeführt. Sein Bestreben war stets, die Wehrmacht aus der Politik herauszuhalten, ihr die Ruhe stetiger Vorwärtsentwickelung zu verschaffen und die guten traditionellen Gedanken mit den Erfordernissen der Gegenwart zu vereinen.

Juristisch geschult, geschichtlich sehr gebildet, brachte er aus seiner Bürgermeisterzeit in Regensburg und Nürnberg große Kenntnisse in der Verwaltung und die Kunst der Menschenbehandlung mit. Als Abgeordneter der demokratischen Partei hatte er in einer auffallenden Wirksamkeit die Behandlung des Parlaments kennen gelernt. Schlagfertig, humorvoll, Meister in der improvisierten Rede fürchtete er keinen Angriff. Aber er empfand sicherlich mit der Zeit immer schwerer den Mangel an Verständnis für die Belange der Reichswehr und die zunehmende Ablehnung des Wehrgedankens in den linken Parteien. Die Streichung des Panzerkreuzers aus dem Etat in dem Reichsrat durch das Eingreifen der preußischen Regierung konnte ihm nur ein neuer Beweis für die schmähliche Tatsache sein, daß im heutigen Deutschland die Partei über den nationalen Staatsgedanken geht. Er hat seiner Zeit den Kampf gegen die Auswüchse der nationalen Verbände aufgenommen und in dem Ziel, die Reichswehr über den Parteistreit zu stellen, manche Anordnung wie den berühmten Flaggenerlaß gegeben, die ihm von Rechts den Vorwurf der Nachgiebigkeit vor der Masse eintrugen. Er hat alle Angriffe gegen die Lebensfähigkeit einer nationalen, disziplinierten Wehrmacht von der linken Seite abgewehrt. So fand er Feinde ringsum und hielt die Linie in dem Bewußtsein, der Träger einer geschichtlichen Verantwortung zu sein, der im Streben nach einem großen Ziel in sich selbst seine Befriedigung und seinen Lohn finden muß.

Innerhalb der Reichswehr hielt er sich von jedem Eingreifen in die rein militärischen Dinge zurück. Sein Hauptinteresse galt der Fürsorge, und auch auf diesem Gebiet mag er manche schwere Enttäuschung durch die Ablehnung seiner Forderungen von seiten der Regierung und des Reichstages erlebt haben. So ist sein dauerndes Bemühen um die bessere Versorgung der Offiziere und Mannschaften nach ihrem zwangsmäßigen Ausscheiden aus dem Heere nur von geringem Erfolge gewesen.

In dieser an Persönlichkeiten armen Zeit ist Geßler eine Persönlichkeit gewesen. In ihm drängte neues Werden an das Licht. Der Geist der Nation wühlte und wirkte in ihm. In der Unterordnung des eigenen Schicksals unter das Schicksal der Nation suchte er die Werte der Vergangenheit und der Gegenwart zu erkennen, um aus ihnen die Zukunft zu gestalten. Sein Blick blieb immer auf das Allgemeine gerichtet, und so erkannte er in seinem großherzigen politischen Idealismus die nationale und sittliche Bedeutung einer gesunden Wehrmacht. So mußte er, immer nach der Wesenheit der Dinge trachtend, den Kampf gegen alle die Menschen führen, die sich an den Schein und an die Form der Dinge halten. In seinem, jede Eitelkeit und Pose ablehnenden, echten Menschentum lernte er auf Dank verzichten und fand Genüge in dem Bewußtsein, als deutscher Mann seine Pflicht zu tun.

Bei seinem Scheiden aus der Oeffentlichkeit werden außerhalb der Reichswehr ihm alle die, die ihn erkannt und verstanden haben, und manche politischen Gegner dem Menschen Geßler nachtrauern. Andere werden frohlocken, denn er war ein sehr zu beachtender Stein auf dem politischen Schachbrett. Mögen sie sich nicht zu früh freuen! Ein arabisches Sprichwort sagt: „Der Hund bellt, und die Karawane zieht weiter."

Die Reichswehr wird das Vermächtnis dieses Ministers am besten wahren, wenn sie, bei allem Lernen von den Notwendigkeiten des Tages, sich niemals für Leben gefährdenden Angriffen endgültig beugt, nicht in sich selbst zerbricht und niemals aufhört, zu wollen und zu glauben. Und zwar zu glauben, nicht an ein unabwendbares Schicksal, sondern an sein Gegenteil — an die freie und nationale Kraft.

E. L.

Wirrwarr um die Nachfolge.

Die gestrigen, mit der Erörterung der Nachfolge Dr. Geßlers zusammenhängenden Beratungen bestätigen die gestern hier geäußerte Ansicht, daß die Lösung der Personenfrage schwierig und zeitraubend ist. Nachdem Dr. Scholz selber für seine Person mit dem Hinweis auf seine Verpflichtungen als Fraktionsvorsitzender der Deutschen Volkspartei auf die Uebernahme des Postens verzichtet hat und andere, vielgenannte volksparteiliche Kandidaten ausgeschieden sind, ist die ganze Frage das Betätigungsfeld von mancherlei Parteibestrebungen geworden. Es fällt besonders auf, daß das Zentrum den volksparteilichen Anspruch auf das Wehrministerium ironisch und sehr von oben herab behandelt. Die „Germania" bestreitet plötzlich, daß die Deutsche Volkspartei einen berechtigten Anspruch auf die Besetzung des Reichswehrministeriums hätte, und gibt zu erkennen, daß nach Meinung des Zentrums eine sofortige Neubesetzung des Postens nicht nötig sei. Ein anderes Mitglied des Kabinetts könne das Ministerium vorläufig verwalten. Allerdings käme der Reichskanzler dafür nicht in Frage. Bei dieser Gelegenheit rückt das Zentrum, die Augen nach links gerichtet, mit der Forderung heraus, für das Reichswehrministerium den Posten eines Staatssekretärs einzurichten. Nach diesen Aeußerungen der „Germania" und nach ihrer Stellungnahme gegen den Anspruch der Deutschen Volkspartei muß man den Eindruck haben, daß das Zentrum ein Provisorium betreibt, um inzwischen die Kandidatur eines Zentrumsmannes vorzubereiten. In der Behandlung politischer Personalfragen hat das Zentrum ja eine gewisse Uebung und Geschicklichkeit.

Am heutigen Sonntag werden wegen des 65. Geburtstages des Reichskanzlers Besprechungen nicht stattfinden. Dagegen wird am Montagvormittag Dr. Marx sich zum Reichspräsidenten begeben. Ob bis dahin eine Lösung erzielt ist, ob ein Parteimann erkoren, ob der unerfreuliche Ausweg des Provisoriums gewählt wird oder ob bis dahin Kandidaturen wie etwa die eines ehemaligen hohen Militärs wieder in den Vordergrund getreten sein werden, steht noch dahin. Dr. Geßler hat seine Abreise aufgeschoben, General Heye wird seine Inspektionsreise abbrechen und nach Berlin zurückkehren.

Unter den Kandidaten ist auch der Name des Demokraten Külz aufgetaucht. Der Demokratische Zeitungsdienst deutet an, daß die Partei, allein natürlich aus dem Grunde, weil sie sich in die Fesseln gedankenloser, starrer Opposition geschlagen fühlt, so etwas nie erlauben würde.

Dr. Luther, dessen Name ebenfalls genannt wurde, läßt mitteilen, daß niemand an ihn herangetreten sei, und daß er auch nicht in der Lage sein würde, diesen Posten zu übernehmen.

Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages ist gestern nachmittag zusammengetreten, um sich vom Reichskanzler über die politische Lage unterrichten zu lassen. Dr. Marx hat gestern auch mit den Fraktionsführern der Regierungskoalition mehrfach verhandelt.

Auftakt zur Panamerikanischen Konferenz.

Aufdeckung einer Verschwörung.

Verhaftung zweier Russen in Havanna.

New-York, 14. Januar.

Telegrammen aus Havanna zufolge verhaftete die Polizei dort zwei Russen, die kürzlich aus Mexiko eingetroffen sind. Sie sollen eine Verschwörung angezettelt haben, um bei der Ankunft Coolidges in Havanna Unruhen zu entfachen.

Coolidge muß seine Politik verteidigen.

Argentinien als Sprecher der südamerikanischen Staaten.

London, 14. Januar.

Nach einer Reutermeldung aus Bogota haben die Vertreter Kolumbiens auf der Panamerikanischen Konferenz die Weisung erhalten, sich im Falle einer Debatte über die Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber Nicaragua neutral zu verhalten. Wenn aber die kolumbischen Vertreter neutral bleiben, so hält man es für sehr unwahrscheinlich, daß viele Delegationen gegen die panamerikanische Politik der Vereinigten Staaten auftreten werden. Immerhin soll die argentinische Abordnung den Auftrag erhalten haben, erneut der auswärtigen Politik Argentiniens Ausdruck zu geben, wonach die Völker Amerikas Anspruch auf Selbstbestimmungsrecht und Unabhängigkeit haben.

Nordamerika fürchtet für sein Marinekorps in Nicaragua.

Managua, 14. Januar.

Die amerikanischen Operationen in Nicaragua gegen Sandino sollen vorzugsweise mit Flugzeugen fortgeführt werden, da man befürchtet, das Marinekorps werde, falls es eingesetzt würde, in einen Hinterhalt geraten.

Washingtoner Opposition gegen Wilburs Flottenprogramm.

Washington, 14. Januar.

Der Flottenausschuß des Repräsentantenhauses hat trotz der Empfehlungen Wilburs mit 15 gegen eine Stimme eine Entschließung angenommen, in der gefordert wird, daß künftig für Flottenbauprogramme der Zeitpunkt der Fertigstellung der Schiffe angegeben werde. Eine weitere einstimmig angenommene Entschließung richtet sich gegen die beabsichtigte Bestimmung, daß der Präsident das Recht haben soll, den Kriegsschiffbau jederzeit ohne Befragung des Kongresses zu unterbrechen. Die Entschließung bringt die Ansicht zum Ausdruck, daß das Programm in acht Jahren durchgeführt werden und die Angabe der Höchstziffer der jährlich auf Kiel zu legenden Schiffe und die Höchstkosten enthalten sollte. Zusammenfassend sprach der Ausschuß die Ansicht aus, daß die Festsetzung des Programmes aufgeschoben werden sollte. Der Demokrat McClintic, der als einziges Mitglied des Ausschusses gegen die Beschlüsse opponiert hatte, erklärte, diese Beschlüsse bedeuteten für den Präsidenten einen Schlag ins Gesicht.

London, 14. Januar.

In einem Leitartikel über die französisch-amerikanischen Noten kommt der „Manchester Guardian" auf das Verhältnis Großbritanniens zu den Vereinigten Staaten zu sprechen und führt aus: Die wichtigste politische Meinungsverschiedenheit zwischen beiden Ländern ist die Frage der „Freiheit der Meere". Es kann zwischen beiden Ländern keine herzliche oder völlige Verständigung geben, solange Gegensatz bleibt. **Wenn England im Kriegsfalle die früher beanspruchten extremen Rechte nicht mehr ausüben könne, dann habe es keinen Sinn, wenn es seine ganze Marinepolitik auf die Annahme gründe, daß es diese Rechte doch ausüben könnte.**

Grenzen der Länderkonferenz.

Wir leben in einer Zeit, in der die politischen und wirtschaftlichen Probleme sich drängen und häufen. Der Reichstag hat schwere Aufgaben zu bewältigen, die Regierungskoalition ist starken Belastungsproben ausgesetzt, die Wirtschaft kämpft von Tag zu Tag um ihre Existenz. Dazu kommt die Geßlerkrise, die wieder einmal einen Querschnitt der inneren Lage Deutschlands bietet. Mitten in diesen Tumult tritt nun plötzlich eine Anzahl von Männern, die morgen beginnen werden, in Referat und Korreferat Probleme zu wälzen, welche nicht im unmittelbarsten Zusammenhange mit den Sorgen des heutigen Tages stehen, und die in wohlgesetzter Rede hohe Theorien, große Pläne und in die Ferne schweifende Gedanken entwickeln. Es ist möglich, daß die Konferenz der Ministerpräsidenten, die von Montag ab unter dem Vorsitz des Reichskanzlers tagen wird, unter diesen Umständen in der deutschen Oeffentlichkeit weniger Beachtung finden wird, als es in geruhigeren Zeiten ohne Zweifel der Fall wäre. Und doch verdiente das Ereignis das Interesse aller Deutschen, die als Staatsbürger an der inneren Entwicklung des Vaterlandes teilnehmen. Es ist nötig, die Aufmerksamkeit auf die Ministerpräsidentenkonferenz zu lenken, denn es können hier in verhängnisvoller Weise Grenzen überschritten oder Straßen betreten werden, die uns keinem guten Ziele zuführen.

Der Gedanke, in irgend einem Gremium führender deutscher Politiker die Frage zu erörtern, wie die deutsche Staatsmaschinerie zu reibungsloserer, also billigerer Arbeit gebracht werden kann, ist schon viele Monate alt. Er wurde durch das Memorandum des Reparationsagenten neu belebt. Der Reichskanzler stellte als Themen: Verwaltungsreform und Verfassungsreform. Seit dieser Paroleausgabe haben sich führende Männer aller Schichten, der Parteien und der Presse, mit diesen Themen beschäftigt, und es ist möglich, daß die öffentliche Erörterung die materielle Behandlung der Frage in erweiterndem Sinne beeinflußt. Dahingehende konnte man in den letzten Wochen Reden und Zeitungsartikel führender Politiker hören und lesen, die erkennen ließen, daß der Gedanke der inneren Umgestaltung des Reiches aus Anlaß der Ministerpräsidentenkonferenz mit Windeseile sich vieler Gehirne bemächtigte. Solchen Projekten gegenüber muß eindringlich festgestellt werden, daß das Arbeitsfeld, das die Vertreter des Reiches und der Länder am Montag betreten, doch erheblich begrenzter sein muß. Sparsamkeit ist das Kennwort aller Vorschläge, die aufgetaucht sind, und die in den nächsten Tagen mitgeteilt werden. Das Ziel der sparsamen Verwaltung durch Einschränkung der Ausgaben, durch bessere Abgrenzung der Zuständigkeiten und durch Beseitigung unnötiger Schranken kann auch erreicht werden, ohne daß an die innere Struktur des Reiches in einem Maße gerührt wird, das zwangsläufig Erschütterungen unmittelbar zur Folge haben muß. Wie weit die Gedanken gewisser Kreise über diese Grenzen hinausirren, zeigen die vielgestaltigen Vorschläge, die aus diesen Kreisen in den letzten Wochen gemacht wurden, um zum Beispiel eine Neuordnung durch Schaffung von Reichsländern, durch Zerlegung Preußens in Reichsprovinzen, durch Zusammenfassung südwestdeutscher Staaten zu einem neuen Gebilde herbeizuführen. Solche Anregungen haben, besonders in der Linkspresse, ein starkes Echo gefunden. Für den Fall daß sie auch auf der Ministerpräsidentenkonferenz oder im Anschluß an sie von dieser oder jener Seite auftauchen, kann schon heute nicht eindringlich genug davor gewarnt werden, in einer Zeit, in der wir weiß Gott dringlichere Aufgaben zu bewältigen haben, Geisteskräfte überhaupt auf die Erörterung solcher Ideen zu verschwenden. Der Bestand des festgefügten, ungeteilten Staates Preußen ist die wichtigste Voraussetzung für die Existenz des Deutschen Reiches. Um diese Behauptung zu erhärten, sei nur daran erinnert, welche Hoffnungen einst, zur Zeit des Ruhreinbruches, die Franzosen auf die Möglichkeit der Bildung